

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Walter Rauch, Dr. Jessi Lintl
und weiterer Abgeordneter
betreffend unverzüglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 9, Bericht des Umweltausschusses über die Regierungsvorlage (1614 d.B.): Übereinkommen von Minamata über Quecksilber (1633 d.B.), in der 181. Sitzung des Nationalrates, 17.5.2017, XXV. GP

Kohlekraftwerke als fossile Energiequelle gehören zu jenen Kraftwerkstypen, die die menschliche Gesundheit auf vielfältige Weise beeinträchtigen und teilweise massive Schädigungen hervorrufen können.

Studien lassen – besonders was die gesundheitlichen Auswirkungen von Kohleverstromung betrifft – aufhorchen. So entstehen durch Verbrennung von Kohle neben den Treibhausgasen Kohlendioxid, Methan und Lachgas auch Quecksilber, Feinstaub und Stickoxide. Quecksilber wirkt hochtoxisch auf das Nervensystem, kann dadurch zu Sprach-, Seh- oder Hörstörungen führen und zu Beeinträchtigungen sämtlicher Organe. Besonders gefährlich ist Quecksilber auch, weil es einerseits die Blut-Hirn-, andererseits die Plazentaschranke überwinden kann. Beim Ungeborenen kann dies zu vermindertem Wachstum von Gehirn und Nervensystem führen.

Der sogenannte Feinstaub besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Partikel, die wiederum giftige Stoffe wie Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Ammonium enthalten. Feinstaubpartikel können sich über mehrere Wochen in der Atmosphäre halten und haben einen globalen Ausdehnungsradius von mehr als tausend Kilometern. Sie führen zu Erkrankungen der Atemwege bis hin zum Lungenkrebs und des Herz-Kreislaufsystems. Obwohl es in Österreich "nur" eine Handvoll aktiver Kohlekraftwerke gibt, ist die Luft dennoch stark belastet.

Die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen negativen Auswirkungen der Verbrennung von Kohle in Österreich enorm. Die Folgekosten für vorzeitige Todesfälle, verkürzte Lebenserwartung und zigtausende Tage an eingeschränkter Aktivität und Krankenstand werden in Österreich mit jährlich 194 Millionen Euro beziffert. Die vorangetriebenen Klimaschutzbestrebungen, wie etwa der Handel mit CO₂-Zertifikaten, haben nicht gefruchtet. Auch die steuerliche Ausnahmeregelung nach dem Kohleabgabegesetz, wonach für die Herstellung von Strom mittels Kohle keine Abgaben zu leisten sind, muss überdacht werden.

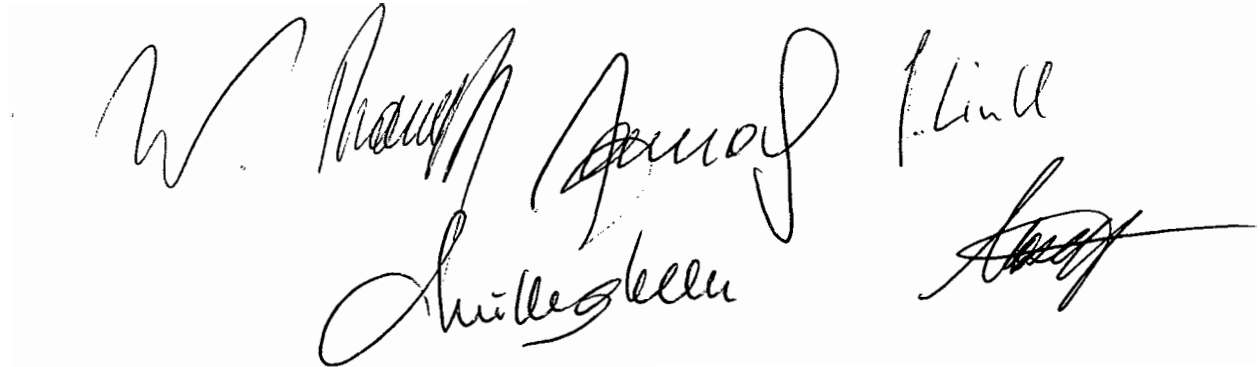
Wenn man bedenkt, dass in Kohlekraftwerken mehr als die Hälfte der gewonnenen Energie ungenutzt als Wärme verpufft, muss der energiewirtschaftliche Nutzen den gesundheitlichen Risiken gegenübergestellt werden. Dabei zeigt sich ein krasses Ungleichgewicht, das nur zu der Erkenntnis führen kann, dass Kohlekraftwerke nicht der Weg in die Zukunft sein können.

Aus den dargelegten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, wird aufgefordert, umgehend einen Masterplan, der den unverzüglichen Ausstieg Österreichs aus der Kohleverstromung gewährleistet, zu erstellen und in der Folge dem Nationalrat zuzuleiten.“



W. Rauch Amay Linell
Hillebrand

1215

